

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1920**

141 (27.5.1920) Erstes und Zweites Blatt



in Karlsruhe frei ins Haus geliefert monatlich 4.00 Mk. an den Ausgabestellen abgeholt monatlich 4.20 Mk. usw. w. t. s. durch unsere Agenturen bezogen 4.80 Mk. monatlich, am Postamt abgeholt monatlich 4.40 Mk. vierteljährlich 13.20 Mk. durch den Briefträger frei ins Haus gebracht monatlich 4.75 Mk. vierteljährlich 14.25 Mk. Berlin, Scherffstr. 14. 25. 21. Badische Geschäftsstelle Mittelstraße 1.

# Karlsruher Tagblatt

Angaben:  
die 9. Ges. Konvention über den Raum a) lokal 1.40 Mk. b) auswärtig 1.60 Mk. Reklame 5.— Mk. an erster Stelle 5.50 Mk. Rabatt nach Tarif. Anzeigenannahme bis 12 Uhr mittags. Kleinere Anzeigen (Kurzanzeigen) bis 4 Uhr nachmittags.  
Fernsprechanschlüsse:  
Geschäftsstelle Nr. 203.  
Berlin Nr. 207.  
Schriftleitung Nr. 20 u. 504

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Chefredakteur: Hermann v. Boer. Verantwortlich für Politik: Martin Solinger; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für Feuilleton: Karl Joba und Hermann Peick; für Inserate: I. S. Feinr. Schriever. Druck und Verlag: G. H. Müller'sche Buchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Feinr. Friedenau, Brechtstraße 65/66. Telefon: Amt 1164. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksaßen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

117. Jahrg. Nr. 141.

Donnerstag, den 27. Mai 1920

Erstes Blatt.

## Elfaß-Lothringische Fragen.

Von Professor Gerland.

Eine überaus bedauerliche Nebenwirkung des Rapp-Puttsches ist, daß infolge der früher angeführten Wahlen eine Reihe wichtiger Gesetzgebungsarbeiten nicht mehr der Nationalversammlung vorgelegt und verabschiedet werden konnten. Hierzu rechne ich in erster Linie das Entschädigungsgesetz für die vertriebenen Elfaß-Lothringer. Ich habe wiederholt darauf hingewiesen, in welcher ungeheurer Notlage sich diese unsere Landsleute infolge des Kriegsverlustes befinden. Diese Notlage muß infolge des Sinkens des Geldwertes naturgemäß von Tag zu Tag steigen und es ist eigentlich kaum abzusehen, zu welchen Folgen sie noch führen muß. Es ist ja richtig, daß in letzter Zeit infolge etwas geholfen worden ist, als Abschlagszahlungen bewilligt werden können. Allein diese Abschlagszahlungen sind einmal nur in engen Grenzen zulässig, sie sind ferner von so vielen Anteilen abhängig gemacht worden, daß doch in der Tat eine wirkliche Beseitigung der Notlage der Elfaß-Lothringer nicht zuteil geworden ist. Die Klagen aus ihren Reihen wollen daher auch nicht verstummen und namentlich hat die Tatsache lebhafter Erbitterung ausgelöst, daß der Industrie eine Abschlagsentschädigung von 500 Millionen Mark gewährt werden ist. Es ist nun zwar dem Eingreifen des Reichsministeriums des Innern gelungen, auch eine Entschädigung der übrigen Elfaß-Lothringer von 100 Millionen Mark zu erlangen und es muß zugegeben werden, daß die Abschlagszahlung an die Industrie durchaus notwendig war, auch aus dem allgemeinen Interesse heraus, die Werte, die in Elfaß-Lothringen zerstört waren, wieder aufzubauen. Allein man sollte doch auch nicht übersehen, daß die vielen Tausende des Mittelstandes, der Handwerker, der Beamten, die zum Teil ohne Mittel auf die Straße geworfen sind, heute in immer größerer Bedrängnis kommen. Und es kann nicht geleugnet werden, daß eine Entschädigung, die ihnen in Jahresfrist oder vielleicht noch später zuteil wird, dann zu spät kommt. Das was heute noch helfen könnte, was vielleicht zu einem Wiederaufbau der wirtschaftlichen Lage des einzelnen durchaus hinreichend wäre, wird in Jahresfrist gegeben, vielleicht Verhältnisse antreffen, die so ruiniert sind, daß sie nicht mehr aufgebaut werden können. Es muß daher unter allen Umständen die Forderung an die Reichsregierung gerichtet werden, den Entwurf eines Entschädigungsgesetzes so vollständig vorzubereiten, daß er dem neuen Reichstag bei seinem ersten Zusammentreten sofort vorgelegt werden und von diesem als Notstandsvorlage sofort verabschiedet werden kann. Es darf nicht länger gezögert werden. Die Elfaß-Lothringer sind die unglücklichsten Opfer dieses Krieges, dessen Schrecken sie in erster Linie mitgetragen haben, denn Elfaß-Lothringen war doch während des ganzen Krieges in ganz anderer Art als das übrige Deutschland von den Ereignissen auf das schwerste mitbetroffen. So mancher hat schon während des Krieges dort den größten Teil seines Vermögens verloren und sieht nun bitteren Sinnes zu, wie das Vaterland immer und immer wieder die Erfüllung einer einfachsten Pflicht hinausschiebt.

In einer besonders schwierigen Lage befinden sich die Beamten Elfaß-Lothringens, soweit sie noch nicht in neuen Stellen verwendet worden sind. Die große Beamtengehaltsreform, die die Nationalversammlung jetzt noch verabschiedet hat, wird nicht auf die elfaß-Lothringischen Beamten ausgedehnt. Meiner Ansicht nach ist das ein Fehler gewesen. Man hätte es formell mit Rücksicht tun können durch Gleichstellung der elfaß-Lothringischen Beamten mit den Reichsbeamten. Materiell wäre man hierzu aber auch berechtigt gewesen, da ja die elfaß-Lothringischen Beamten mittelbare Reichsbeamte gewesen sind und auch heute noch sind. Die Nationalversammlung hat nun in einer Resolution die Reichsregierung aufgefordert, alsbald dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Verhältnisse der elfaß-Lothringischen Beamten regelt und zwar nach denselben Grundsätzen, die für die Gehaltsreform der Reichsbeamten gelten. Jedenfalls muß die Regierung alsbald nach dem Zusammentreten des neuen Reichstags diesen Gesetzentwurf vorlegen und der Reichstag muß die Vorlage ebenfalls als Notstandsvorlage sofort nach Zusammentritt erledigen. Die Notlage der Beamten Elfaß-Lothringens ist in Wahrheit ganz ungeheuerlich und es wird wohl niemand in Abrede stellen, daß mit den bisherigen Gehältern trotz der Teuerungszulagen Familien einfach nicht mehr leben können. Die Verzerrung tritt zu allen übrigen Schadensschlägen für die elfaß-Lothringischen Beamten noch hinzu, wenn das Reich nicht sofort hilft. Es ist mir bekannt, daß man darauf hingewiesen hat, es ginge doch nicht an, daß die elfaß-Lothringischen Beamten, soweit sie nicht beschäftigt seien, eine Gehaltsaufbesserung bekämen, und es ist sogar die Behauptung aufgestellt worden, daß einzelne elfaß-Lothringische Beamte ihnen angebotene Stellen nicht angenommen hätten. Die Tatsache mag für

einzelne Fälle zutreffen. Allein sie trifft damit die wirkliche Sachlage nicht, denn von der Regierung sind Beamten, die die angebotenen Stellen nicht übernommen haben, ihre Gehälter sofort gesperrt worden. Und ferner sind mir eigentlich nur Fälle bekannt, in denen die beschäftigungslosen Beamten jede, aber auch jede Stelle angenommen haben, die man ihnen irgendwie angeboten hat. So ist z. B. ein früherer, an hervorragender Stelle im Ministerium beschäftigter Herr heute als Regierungsrat an einem Regierungspräsidium tätig; andere Fälle lassen sich leicht feststellen. Im übrigen ist die Belohnung, die dem Reich durch die weitgehende Berücksichtigung der elfaß-Lothringischen Beamtenansprüche entsteht, keineswegs allzu hoch: im ganzen kommen zurzeit etwa 6000 Beamte in Frage.

## Warenfülle und Geldknappheit.

S. Von unserer Berliner Redaktion wird uns abgedruckt:

Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Konferenz von Spa auch noch nicht am 21. Juni stattfinden wird, da die italienische Regierung durch den Zutritt der Kammer um diese Zeit zu sehr in Anspruch genommen ist. Aber wenn sie wieder eine kurze Zeitspanne hinausgeschoben wird, wird das vielleicht kein Schaden sein, denn einmal wird auch Deutschland nach dem Wahlergebnis sich doch wohl vielfach politisch und persönlich neu einrichten müssen, wozu 14 Tage kaum ausreichen, selbst wenn man von unliebsamen Komplikationen absieht. Ferner ist zwischen den Alliierten, vor allem zwischen England und Frankreich, über das Programm von Spa, d. h. überhaupt über die weitere gemeinsame Haltung Deutschlands gegenüber die erstrebte Übereinstimmung durchaus noch nicht in Sicht.

Anfang Juni soll in England erst wieder eine Minister-Vorbereitung zwischen Lloyd George und den Franzosen stattfinden, wozu dann schließlich auch noch Italien irgendwie seine Meinung sagen muß. Außerdem aber sind in den letzten Tagen in Europa und vor allem in Nordamerika Anzeichen einer tiefgehenden wirtschaftlichen Krise hervorgetreten, die auf die Probleme, die in Spa und danach in Brüssel gelöst werden sollen, nicht ohne starke Einwirkung bleiben können.

Wir haben hier schon des öfteren darauf hingewiesen, wie neben und hinter aller fürchtbaren Kriegswunden der letzten 6 Jahre, hinter dem wahrhaftigen Haß und Rachegeheiß der Völker und hinter den ewigen, literarischen Intrigen der Staatsmänner und Diplomaten der internationale Kapitalismus und die internationale Spekulation immer und oft entscheidend mitbestimmt haben. Aber auch in dieser ebenso grauenhaften wie verhängnisvollen schmerzhaften Weltwirtschaftlichen Krise und in der Krise der Produktion, glänzende Geldnoten und strafvolle Wiederaufbauarbeit nur eben so viel wie wechselnde Konjunktur- und Gewinnmöglichkeiten bedeuten, sind schließlich die Verhältnisse doch mächtiger als die Pläne und die Erwerbssieger der Nationen.

In Amerika scheint nun, wie auch Pariser Blätter melden, mit einem Male eine allgemeine Ueberproduktion sichtbar zu werden, die fast alle Preise plötzlich sinken läßt und die Produzenten, die Warenbesitzer, zur Umkehr nach neuen Käufern zwingt, während des öfteren die Käufer ihnen die Ware um jeden Preis aus der Hand rissen. Auch in England sind ähnliche Erscheinungen aufgetreten, unterstützt oder gar mit hervorgerufen durch einen weitgehenden Käuferpreis, wie er ja auch in Deutschland teils als Protest gegen übertriebene Preise, teils aus Verarmung des Mittelstandes, zu beobachten ist.

Nach ist freilich der Ueberblick über diese Konjunktur-Rückschläge und ihre wirtschaftlichen Folgen viel zu lückenhaft, um irgendwelche Voraussagen wagen zu lassen. Man kann zunächst nur die Hoffnung aussprechen, daß auch in der internationalen Geschäftswelt nach der wilden Herrschaft des Großspekulanten- und Großschlebertums endlich wieder der Tag des realen Kaufmannes zurückkommt, der nach Ueberwindung der unvermeidlichen Krise mithelfen muß, gesunde Verhältnisse herbeizuführen.

In enger Verbindung mit dieser Hoffnung steht natürlich die andere, daß das Ende der Kriegskonjunktur und die dadurch erzwungen wiederkehrende Besonnenheit die großen politischen Entscheidungen der nächsten Zeit, vor allem in Spa, beeinflussen wird, was dann rückwirkend wieder zur Beseitigung des Wirtschaftsliebens beitragen könnte.

Allerdings werden die Vertreter der notleidenden europäischen Staaten in rein finanzieller Hinsicht zunächst noch auf ihre Klugheit und Zündigkeit angewiesen bleiben. Wie man aus Amerika hört, besteht dort zwar eine große Warenfülle, aber alles andere als Geldüberfluß, und daher wird es vor allem auch weiterhin darauf ankommen, ob die wirtschaftspolitische Einsicht Englands in Spa die Frage der deutschen Kriegsentwädigung leidlich vernünftig löst und entgegen den unerfüllbaren französischen Forderungen und Wünschen die Oberhand behält.

gischen Beamtenansprüche entsteht, keineswegs allzu hoch: im ganzen kommen zurzeit etwa 6000 Beamte in Frage.

Schließlich muß aber noch die Forderung mit Bestimmtheit erhoben werden, daß unter die Vergünstigungen des Gesetzes auch die pensionierten Beamten von Elfaß-Lothringen fallen. Wäre Elfaß-Lothringen heute noch ein deutscher Staat, so müßten dort im Hinblick auf die ungeheuerliche Verteuerung aller Lebensverhältnisse die Pensionen der Beamten ebenfalls aufgebessert werden. Diese selbstverständliche Pflicht des einzelnen Staates muß eben da Elfaß-Lothringen gewaltsam aus dem deutschen Staatsverband herausgerissen worden ist, das Reich für

## Die zunehmende Arbeitslosigkeit.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 26. Mai. (Wolff.) Das Reichsarbeitsministerium gibt in einer Drahtung an die Regierungen der Länder bekannt, daß die Arbeitslosigkeit, die durch den gegenwärtigen Umbruch der Wirtschaftskonjunktur verursacht wird, als Kriegsfolge im Sinne des § 5 der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge anzusehen und in derartigen Fällen die Erwerbslosenunterstützung zu gewähren ist.

## Weitere Entente-Note an Deutschland.

Paris, 26. Mai. (Savas.) Die Friedenskonferenz ließ der deutschen Regierung eine Note ausgeben, in der diese eingeladen wird, den zu der Saarkommission eingeladenen Oberst ersehen zu wollen.

## Der unerfüllbare Friedensvertrag.

(Eigener Drahtbericht.)

h. Haag, 26. Mai. Aus Paris wird gemeldet, daß die finanziellen Sachverständigen einen Bericht erlassen haben, in dem gesagt wird, daß die wirtschaftlichen Bedingungen des Friedensvertrages unüberwindlich sind, und daß der ganze Abschnitt des Versailler Abkommens, der sich auf die wirtschaftlichen Bestimmungen bezieht, umgeändert werden muß.

## Was Deutschland zahlen soll.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 26. Mai. Ueber eine Unterredung mit Clemenceau wird dem „Gaulois“ berichtet: Clemenceau sagte, England und Amerika hätten den Betrag, den Deutschland zahlen soll, auf 75 Milliarden geschätzt. Frankreich hätte für seinen Anteil die Kampagne wieder aufbauen sollen. Er sei dagegen gewesen, und schließlich habe man sich auf die Lösung des Vertrages von Versailles geeinigt. Es sei deshalb voll berechtigt, daß Poincaré sein Amt als Vorsitzender des Wiedergutmachungsausschusses niedergelegt habe.

## Italienische Annäherung.

(Eigener Drahtbericht.)

h. Rom, 26. Mai. Italienische Blätter erklären, Deutschland müsse über die italienischen Dinge besser unterrichtet werden und schlagen vor, in Berlin und in Frankfurt italienische Handelskammern einzurichten. Die deutsche Handelswelt müsse ferner auch von der neuen italienischen Schiffslinie Genua-Australien, die für Deutschland sehr wichtig sei, erfahren.

## Die Untaten der Schwarzen.

(Eigener Drahtbericht.)

Stockholm, 26. Mai. Zu der französischen Ablehnung der Ausschreitungen schwarzer Truppen bemerkt „Stockholms Dagbladet“: Gegenüber den ohne Vorbehalt gegebenen Versicherungen über das korrekte Auftreten der schwarzen Truppen kann daran erinnert werden, daß Staatsminister Branting kürzlich auf einer öffentlichen Versammlung erklärt hat, die Untersuchungen hätten bewiesen, daß an den Nachrichten über die Untaten von Negerkolonaten nur allzuviel wahr sei.

## Änderung der Politik Englands gegenüber Irland?

London, 26. Mai. (Reuter.) Bedeutungsvolle Personalveränderungen in Dublin Castle lassen die Befolgung einer mehr gemäßigten Politik erwarten. Der Hilfsuntersekretär des Vizekönigs von Irland, Sir John Taylor, ist zurückgetreten. Der Präsident des Landessteueramts, Sir John Anderson, wurde zum Untersekretär ernannt.

Der irische Eisenarbeiterbund hat sich dem Vorgehen der Hafenarbeiter angeschlossen und weigert sich, Kriegsmaterial zu beschaffen.

London, 26. Mai. (Reuter.) Infolge der Weigerung der Eisenbahner, Munitionsendungen aus England zu befördern, hat sich gestern in Dublin die Lage ernster gestaltet.

London, 26. Mai. Ein amtlicher Bericht über die Lage in Irland bezeichnet hundert neue Verbrechen, so die Zerstörung von Polizeistationen. Angriffe auf Wohnungen und die Wegführung von fremdem Gut.

Elfaß-Lothringen erfüllen. Es ist daher die dringende Aufforderung an die Reichsregierung zu richten, die Pensionäre, Elfaß-Lothringens unter allen Umständen mit zu berücksichtigen. Gerade in diesen Kreisen ist das Elend besonders groß.

Die Elfaß-Lothringer spielen zurzeit keine bedeutenswerte Rolle in Deutschland. Sie sind Flüchtlinge, aus ihrem Vaterland vertrieben, aus ihren Berufs- und Erwerbsverhältnissen herausgerissen, von allen ihren früheren Lebensbeziehungen getrennt. Alles, was geschehen kann, um diesen unglücklichen Landsleuten das Leben wieder erträglich zu gestalten, muß geschehen und zwar so rasch wie möglich. Gewiß ist auch sonst viel Not in Deutschland vorhanden. Aber man übersehe nicht, daß die meisten der in mitleidiger Lebenslage Befindlichen irgendwelchen Organisationen oder Interessengruppen angehören, die für sie einzutreten in der Lage sind. Das gilt für die meisten der Elfaß-Lothringer nicht, die lediglich auf sich angewiesen sind und bei denen alle anderen Zusammenhänge zerstört sind. Deutschland muß ihnen helfen. Je rascher es hilft, desto nachrücklicher mit um so mehr Aussicht auf Erfolg wird es helfen. Wenn man überlegt, daß seit der entsetzlichen Katastrophe nun fast zwei Jahre verfloßen sind und daß noch nichts endgültiges geschehen ist, so kann man in der Tat den maßgebenden Kreisen nicht den Vorwurf ersparen, daß sie das tragische Problem, das hier zu lösen war, nicht in seiner Tragweite erkannt oder jedenfalls nicht mit der Energie angepaßt haben, die es unter allen Umständen verlangen konnte. Man sagt nicht zuviel, wenn man immer wieder darauf hinweist, daß die Würde Deutschlands verpfändet ist. Denn für Deutschland haben die Elfaß-Lothringer gestimmt, mit Deutschland sind sie in das Unglück gestürzt.

Deutschland muß sie daher wieder aufrichten und muß sie retten. Die Liebe zu den verlorenen Provinzen tut sich nicht dadurch kund, daß man Stempelmarken mit dem Straßburger Münster gebracht oder das Lied „O Straßburg, o Straßburg“ spielt, sondern dadurch, daß man den Vertriebenen tatkräftige Hilfe leistet und dadurch auch jenen, die jenseits des Rheines heute die Blide nach ihrem alten Vaterlande richten, beweist, daß deutsche Treue auch im Unglück kein leerer Wahn ist.

## Die deutsche Republik.

Die amtlichen Indizes.

Aus dem Reichswirtschaftsministerium wird uns geschrieben: Die Reichsregierung ist seit einigen Monaten bemüht, das feinergetzte der Nationalversammlung und den Vertretern der Arbeiterschaft gegebene Versprechen, eine amtliche Indexberechnung als Basis für die wirtschaftliche Bekämpfung der Teuerung zu veranlassen, einzulösen. Die Vorarbeiten wurden begonnen im Reichswirtschaftsministerium und werden heute, nach der Abtrennung des Reichsernährungsministeriums, in beiden Ministerien gleichzeitig fortgeführt.

Das Reichswirtschaftsministerium hat sich die Aufgabe gestellt, einen allgemeinen Wirtschaftsindex auf Grund der Großhandelspreise der wichtigsten Rohstoffe zu berechnen. Die Preisgestaltung in den zehn Jahren 1891 bis 1900 wird als Basis für die Beobachtung der späteren Preissteigerung betrachtet. Diese Zeitspanne erscheint günstig gewählt, da sie nach anfänglicher allgemeiner Preissteigerung in den ersten Jahren im Jahre 1895 einen Tiefstand der Preise enthält, der den Ausgangspunkt für eine stetig ansteigende Teuerung, die bis heute ununterbrochen anhält, bildet. Aus den Preisen, die der Großhandel in diesen zehn Jahren für die wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Rohstoffe bezahlte, werden Durchschnittspreise für die einzelnen Artikel berechnet. Alle späteren Preise werden mit diesem Durchschnitt verglichen, wobei der Preis für 1891 bis 1900 gleich 100 gesetzt wird. Auf diese Weise errechnet sich eine monatliche Indexziffer, die einen zuverlässigen Maßstab für die Preissteigerung der volkswirtschaftlichen Produktion darstellt. Dieser allgemeine Wirtschaftsindex stellt eine verbesserte Form der englischen Indexberechnungen dar, die dort seit 1845 durchgeführt werden und der englischen Volkswirtschaft unschätzbare Dienste geleistet haben.

Das Reichsernährungsministerium dagegen beschränkt sich auf die Beobachtung der Teuerung auf dem Markte der Lebensmittel und der übrigen Dinge des notwendigen Lebensunterhaltes. Auf Grund der Kleinhandelspreise für Lebensmittel, Genussmittel, Kleidung, Heiz- und Beleuchtungsstoffe und unter Einrechnung der Wohnungsmieten, Steuern usw. errechnet das Amt durchschnittliche Lebenshaltungskosten. Aus verschiedenen Gründen bietet diese Art der Indexaufstellung bedeutende sachliche Schwierigkeiten und kommt als Grundlage etwa für die Lohnpolitik weniger in Frage als der Wirtschaftsindex der Großhandelspreise.

Die Frage der Aufbarmachung der Indexziffern für die Lohngestaltung bedarf noch eingehender Klärung. Es ist nicht ausgeschlossen, daß man amtlicherseits den beteiligten Vertretungen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 6 Seiten.



empfehlen, bei Abschluss von Tarifverträgen nach englischem Beispiel eine Klausel in den Vertrag aufzunehmen, wonach sich die vereinbarten Lohnsätze erhöhen oder erniedrigen, je nachdem die amtliche Indexziffer um eine gewisse Anzahl Punkte gestiegen oder gesunken ist.

Der „Reichsanzeiger“

veröffentlicht das Gesetz über die Versorgung von Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen bei Dienstbeschädigung (Reichsversorgungsgesetz).

Die Grenze der Lohnforderungen.

Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat in ihrer Ausschuss-Sitzung am 20. Mai in Berlin in eingehender Aussprache die gesamte Wirtschaftslage Deutschlands erörtert. Sie hält es für ihre dringende Pflicht, den ernststen Mahnruf an sämtliche ihr angeschlossene Arbeitgeberverbände zu richten, jede neue Erhöhung der Löhne und Gehälter abzulehnen.

Der Reichswehrminister bei der Marine.

Kiel, 26. Mai. (Wolff.) Reichswehrminister Dr. Gessler hatte heute morgen auf der Marineinfanterie eine interne Unterredung über die Marinefragen. Nach der Unterredung empfing er im Kieler Logenhaus das wiedererlangte Offizierskorps der Marine, an das er eine Ansprache hielt.

Unruhen in Schlesien.

Wien, 26. Mai. Den Mäthern zufolge dauern in der schlesischen Abkommungsgebiete trotz des Standrechtes die Unruhen an. In Dombrowa kam es zu einem Feuergefecht zwischen Polen und Tschechen, wobei mehrere Personen verletzt wurden.

Hölg-Auslieferung.

5. Berlin, 26. Mai. Wie der „Vofalanzsäger“ aus Dresden meldet, ist die Zeitungsmeldung über die Holzlieferung nicht richtig. Die schlesische Regierung habe die Mitteilung erhalten, daß Holz zwar nicht wegen seiner politischen Vergehen, wohl aber wegen seiner gemeinen Verbrechen ausgeliefert werden solle.

Berufung Dr. Hagemanns nach Wiesbaden.

Unser Mannheimer Berichterstatter schreibt uns: Der Intendant des Mannheimer Nationaltheaters, Dr. Carl Hagemann, der von 1906 bis 1910 und dann wieder seit 1915 dort wirkte, hat einen Ruf als Leiter des Nassauischen Landestheaters in Wiesbaden erhalten.

Außerordentliche Tagung deutscher Volksschullehrerinnen.

Kassel, 26. Mai. (Wolff.) Die hier gestern abgehaltene außerordentliche Tagung deutscher Volksschullehrerinnen, die u. a. die Rechtsstellung der Volksschullehrerinnen im neuen Deutschland erörterte, hat gemeinsam mit dem ebenfalls hier tagenden Landesbund preussischer Volksschullehrer folgenden Beschluß gefaßt: Zur Erreichung der wirtschaftlichen Ziele werden alle gesetzlich zulässigen Mittel zur Anwendung gebracht.

Austausch von Geiseln.

Berlin, 26. Mai. (Wolff.) Der von der russischen Sowjetregierung für den 1. Juni in München verhafteten russischen Staatsangehörigen Axelrod als Geisel zurückgehaltene Reichsangehörige Bruno Vertram ist am 25. Mai in Neval eingetroffen.

Ein Kommunistenführer freigelassen.

Braunschweig, 26. Mai. (Wolff.) Der auf Veranlassung des Staatsanwalts Hildesheim in Haft genommene Kommunistenführer August Merges ist wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Vom Binnenschiffahrts-Gewerbe.

Berlin, 26. Mai. Die am Samstag eingeleiteten Verhandlungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern des Binnenschiffahrts-Gewerbes verliefen ergebnislos, da die Arbeitnehmer zu keinerlei Zugeständnissen bereit waren.

Vergewaltigung des Betriebsrätegesetzes durch Erwerbslose.

Dresden, 26. Mai. Erwerbslose vergewaltigen das Betriebsrätegesetz. Sie unterliegen in harten Notizen die einzelnen Fabrikbetriebe, wo in ihnen verheiratete Frauen beschäftigt werden, und verlangen zu diesem Zweck die Herausgabe der Personalkisten.

Reichstagswahlbewegung.

In einer Sondernummer des „Reichsanzeigers“ veröffentlicht der Reichswahlleiter für die Wahlen zum Reichstag die nachfolgenden Reichstagswahlvorschläge. Die Nummer 1 hat die Liste der Sozialdemokratischen Partei mit 83 Wählern erhalten.

Von den Wahlvorschlägen.

Berlin, 26. Mai. Erklärungen über den Anfall von Reichstagswahlvorschlägen an einen Reichstagswahlvorschlag werden vielfach fälschlicherweise unmittelbar beim Reichswahlleiter eingereicht, während sie nach § 18 des Reichswahlgesetzes bei den zuständigen Kreiswahlleitern und zwar bis spätestens 27. Mai eingereicht sein müssen.

phisch eingereicht werden, müssen dann aber innerhalb zweier Tage durch schriftliche Erklärung bestätigt werden. Die beim Reichswahlleiter eingeleiteten Anschließerkündigungen haben keine Gültigkeit.

Badischer Landtag.

Die Tagesordnung für die heute Donnerstag nachmittag stattfindende Sitzung enthält folgende Punkte: Roffinanzgesetz; Voranschlag für das Budget; Gesetzentwurf über die Vermögens- und Einkommensteuer; über die Bezahlung der Gemeinde- und Körperschaftsbeamten und über die Entschädigung der Landtagsabgeordneten.

Badische Politik.

Im vorigen Jahre wurde gemäß einem Vorschlag, der namentlich von Dr. A. Fischer (Karlsruhe) ausging, der Versuch gemacht, ein deutsches Gesundheitsparlament durch Zusammenschluß aller in Betracht kommenden gesundheitspolitischen Körperschaften zu bilden.

Nochmals die Jöhlinger Kartoffelangelegenheit.

Vom Vorsitzenden des Kommunalverbandes A. A. A. Durlach geht uns zu den in Nr. 132 unseres Blattes enthaltenen Ausführungen über diese Angelegenheit eine Zuschrift zu, die wir hier im Wortlaut abdrucken.

Die Gemeinde Jöhlingen hat nach der Ernteschätzung 28 570 Zentner Kartoffel geerntet. Nach Abzug des Bedarfs der Selbstverbraucher mit 9250 Zentner, der Teilverbraucher mit 1195 Zentner, der Veräußerungsbedürftigen mit 1152 Zentner, für Saatgut mit 5884 Zentner und der erlaubter Weise an Viehhäuser ausgeführten Mengen mit 3928 Zentner, zusammen 20 800 Zentner, hätte die Gemeinde noch 7761 Zentner an den Kommunalverband abzuliefern, deren der Kommunalverband zur Veranbarung der Industrieemden dringend bedürftig ist.

Durch Bekanntmachung im „Durlacher Wochenblatt“ wurde das Eigentum an allen im Bezirk vorhandenen ablieferungspflichtigen Kartoffelmengen, somit auch an jenen 7761 Zentner vorläufigsmäßig an den Kommunalverband übertragen. Dies wurde in allen Gemeinden, auch in Jöhlingen, bekannt gemacht und der Aufforderung des Kommunalverbandes mit der freiwilligen Anbringung beauftragt.

Theater und Musik.

Aufführung von Ludwig Rubiners „Die Gewaltlosen“. Unser Berliner Schauspielreferent schreibt: Die Szene, die er, einer von den Todfeinden des Krieges, als Ajgl aufgesucht hatte, gönnte ihm ein frühes Grab. Ludwig Rubiner war ohne Zweifel ein wertvoller Mensch; denn sein Leben und Wirken irrt nie von seinem Glauben ab.

Erstes Blatt

dadurch entstehenden Kosten nach anfänglich poffertem Widerstand der Ortsbehörden noch 892 Zentner ab. Obwohl diese gewaltsam herangeschleppten Kartoffeln ohne Entschädigung verfallen waren, bemühte doch der Kommunalverband, um jede Härte zu vermeiden, für die vielen die übliche Zahlung und hat die Beträge hierfür am 14. April angewiesen; die Auszahlung seitens der Gemeinde Jöhlingen an die Ablieferer ist allerdings erst einen Monat später erfolgt.

Wir haben nun alle beteiligten Kreise zu Worte kommen lassen und schließen daher dieses Kapitel.

Vorschufzahlung auf die Neuregelung der Beamtenbezüge.

Mit Zustimmung des Landtags wird den planmäßigen (etatsmäßigen) und den vollbeschäftigten außerplanmäßigen (nichtetatsmäßigen) Beamten und Lehrern, sowie den vollbeschäftigten verträglich angestellten Bediensteten auf die ihnen nach der neuen Besoldungsordnung zuzuführende Aufbesserung ihrer Dienstbezüge ein vorläufiger, in vierteljährlichen Teilbeträgen zu zahlender Vorschuf im Betrage des Friedenseinkommens gewährt.

Der erste Teilbetrag des Vorschufes, der das Vierteljahr vom 1. April bis 1. Juli 1920 umfasst, soll bei den planmäßigen Beamten mindestens 800 M., bei den außerplanmäßigen Beamten und verträglich angestellten Bediensteten mindestens 500 M. betragen.

Hiernach erhält beispielsweise ein Beamter mit einem derzeitigen Gehalt von 1600 M. und vierhundert Mark Wohnungsgeld, zusammen 2000 M., jetzt sofort 800 M. und auf 1. Juli und 1. Oktober je ein Viertel aus 2000 M. = 500 M., oder ein außerplanmäßiger Beamter mit einer Vergütung von 1400 M. jetzt sofort 500 M. und auf 1. Juli und 1. Oktober je ein Viertel aus 1400 M. = 350 M.

Die ausfallsweise Angestellten (Aushelfer) erhalten keinen Vorschuf. Das gleiche gilt von den wiedererwerbenden Ruhegehaltsempfängern, deren Bezüge zusammen mit den übrigen Ruhegehaltsempfängern besonders geregelt werden.

Die Landeshauptkasse ist angewiesen, die Zahlung des jetzt fälligen Betrages des Vorschufes für die ihrem Rechnungsbereich angehörenden Beamten u. m. mit größter Beschleunigung zu bewerkstelligen.

Die Zeichenlehrerprüfung für 1920.

Die diesjährige Prüfung für das Amt als Zeichenlehrer und Zeichenlehrerin an höheren Lehranstalten wird im Laufe des Monats Juni d. J. abgehalten werden.

Gefuche sind bis zum 1. Juni dieses Jahres beim Unterrichtsministerium einzureichen. (Amtlich.)

Aus den Parteien.

Vom Parteileben auf dem Schwarzwalde.

In den letzten Wochen haben in weit über 300 Ortschaften auf dem Schwarzwalde Wählerveranstaltungen der Deutschen Demokratischen Partei stattgefunden, die auch in den kleinsten Gemeinden aus, oft sogar ganz ausgezeichnet besucht waren. Noch ist eine Kleinarbeit in der Agitation zu bewältigen, die aber überall von den Parteifreunden in Stadt und Land gern auf sich genommen wird.



Die Befolgung der Gemeinde- und Körperschaftsbeamten.

Bei der Verabschiedung der Reichsbefolgungsordnung hat die Nationalversammlung u. a. den Wunsch ausgesprochen, die Reichsregierung solle bei den Gemeinden, Gemeinden und sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften anregen und nötigenfalls mit allen ihr zu Gebot stehenden Mitteln betreiben, daß sie die Befolgung ihrer Beamten dem Reichsbefolgungsgebot anpassen. Nach dem bis jetzt gemachten Beobachtungen hat es zwar ein großer Teil der badischen Gemeinden, wie schon bisher, von sich aus nicht an dem erforderlichen Verständnis fehlen lassen und im Rahmen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit die Befolgung ihrer Beamten dem Säben der Reichsbefolgungsordnung angepaßt. Dagegen hat ein anderer Teil der Gemeinden es bis jetzt an dem erforderlichen Verständnis für solche Fragen durchaus fehlen lassen.

Deshalb enthält auch der dem Landtag bereits vorgelegte Entwurf einer neuen Gemeindeordnung eine Reihe von Bestimmungen, wonach die Gemeinden, die zu dem erforderlichen Entgegenkommen keine Bereitwilligkeit zeigen, durch Entziehung von Schlichtungsausschüssen hierzu gezwungen werden können. Da jedoch die Verabschiedung der neuen Gemeindeordnung durch den Landtag in Wälde nicht zu erwarten ist, hat die Regierung einen Gesetzesentwurf ausgearbeitet, der die Gemeinden verpflichtet, ihren Bürgermeistern und Beamten eine den zu stellenden öffentlichen Anforderungen, der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und den örtlichen Lebensbedingungen entsprechende angemessene Befolgung zu gewähren, deren Höhe, falls eine Einigung zwischen der Gemeindeverwaltung und dem Beamten nicht zustande kommt, durch die zuständigen Schlichtungsausschüsse endgültig festgesetzt wird. Die Entziehung der Schlichtungsausschüsse nach Möglichkeit der Reichsbefolgungsordnung an. In Zweifelsfällen bestimmt die Staatsaufsichtsbeförderung, wer in dieser Beziehung als Gemeindebeamter zu gelten hat.

Die Gemeinden sind ferner verpflichtet, ihren Aufseherbeamten und den Beamten-Dienstleistungen im Falle der Bedürftigkeit entsprechende Feuerungsbezüge zu dem Wartegeld oder Aufsehergehalt zu gewähren, nachdem die zufolge des Fürsorgegesetzes zu zahlenden Bezüge nicht mehr ausreichend sind. Die Schlichtungsausschüsse müssen in gleicher Zahl aus Vertretern der Gemeinden und der Gemeindebeamten und einem Vorsitzenden bestehen. Für die Städte der Städteordnung und die mittleren Städte kommen voraussichtlich örtliche Schlichtungsausschüsse in Betracht. Für die übrigen Gemeinden sollen Schlichtungsausschüsse in den Bezirken der Landeskommissionen gebildet werden. Die Vertreter der Gemeinden und der Gemeindebeamten sollen möglichst im Wege der Verhältniswahl bestimmt werden. Ein Landesamtliche Schlichtungsausschüsse erscheint erforderlich, um eine Klärung der in erster Instanz getroffenen Entscheidungen zu ermöglichen und eine gewisse Einseitigkeit in das Vorgehen der Schlichtungsausschüsse zu bringen. Wegen der Beamten der Sparkassen, Stiftungen, Kreis- und Bezirksverbände liegen die Verhältnisse ähnlich wie bei den Gemeindebeamten. Deshalb soll das Gesetz dessen Wirksamkeit auf die Zeit vom 1. April 1920 bis 31. Dezember 1921 beschränkt ist, auch auf diese Beamten Anwendung finden.

Aus Baden.

Ernennungen, Beförderungen u. m.

Das Justizministerium ist Gerichtsdirektor Dr. Eugen Wolf als an Heibelberg als Rechtsanwalt beim Landgericht Heibelberg mit dem Wohnsitz in Heibelberg ernannt worden.

Das Ministerium des Innern hat den Direktor Johann Josef Dörner bei der Landesversicherungsanstalt Baden auf sein Amt zum Bezirksamt Tauberbischofsheim versetzt.

Das Staatsministerium hat dem Vorstand der Bahnbauinspektion I Reinhold I. Schw. Danrat Karl Rimmmele die Vorstandsstelle der Bahnbauinspektion II Reinhold I. Schw., dem Vorstand der Bahnbauinspektion III Karl Rübner, Bauninspektor Otto Strauß mit der Amtsbezeichnung Oberbauninspektor die Vorstandsstelle der Bahnbauinspektion IV Waldemar, dem Inspektionsbeamten bei der Eisenbahn-Generaldirektion, Bauninspektor Max Brunner mit der Amtsbezeichnung Oberbauninspektor die Vorstandsstelle der Bahnbauinspektion I Reinhold I. Schw., dem Bauninspektor Emil Schaefermeier in Karlsruhe mit der Amtsbezeichnung Oberbauninspektor die Vorstandsstelle der Bahnbauinspektion II Karl Rübner, dem Bauninspektor Emil Rübner in Freiburg eine Inspektionsbeamtenstelle bei der Eisenbahn-Generaldirektion, dem Bauninspektor Dr. Ernst Götter in Mannheim mit der Amtsbezeichnung Oberbauninspektor die Vorstandsstelle der Bahnbauinspektion III Karl Rübner, dem Bauninspektor Heinrich Heiler in Freiburg mit der Amtsbezeichnung Oberbauninspektor die Vorstandsstelle der Bahnbauinspektion IV Waldemar, dem Bauninspektor Theodor Blumel in Karlsruhe eine Inspektionsbeamtenstelle bei der Eisenbahn-Generaldirektion und dem Bauninspektor G. Schmitt in Dönan mit der Amtsbezeichnung Oberbauninspektor die Vorstandsstelle der Bahnbauinspektion Dönan übertragen.

Das Staatsministerium hat den prakt. Arzt Dr. med. Kurt Walther bei der Heil- und Pflanzenschule Wiesloch zum Bezirksarzt in Neustadt ernannt, den Amtsarzt Oberamtmann Dr. Eduard Brombacher in Wiesloch als Leiter der badischen Heilmittel-, Gemüse- und Obstverwertung nach Karlsruhe versetzt, den Amtmann Otto Ruman in Forstheim nach Wiesloch versetzt und ihn mit der Verwaltung des Bezirksamts Wiesloch beauftragt.

Der Großhof bei dem Pfarzer von Kensing, Amts Gengenbach, den bisherigen Klosterpfarrer Georg Wambel in Baden-Baden ernannt. Zum Pfarzer von Gengenbach, Defamant Rehrich, wurde der bisherige Benefizialminderer Franz Karl Chriet in Rehrich ernannt. Beide sind am 26. April d. S. kirchlich eingesetzt worden.

Das Ministerium des Kultus und Unterrichts hat den Verwaltungsratsmitgliedern Fritz Hagen bei der bad. Landesbibliothek zum Verwaltungsratsmitglied ernannt, den früheren Regierungsrat bei der Universitäts- und Landesbibliothek Straßburg, Christian Schmitt, zum Verwaltungsratsmitglied bei der Landesbibliothek in Karlsruhe ernannt.

Das Justizministerium hat den Hilfsstaatsanwalt Dr. Alfred Zuppold bei der Staatsanwaltschaft Heibelberg auf 1. Juni d. S. in gleicher Eigenschaft zur Staatsanwaltschaft Mannheim versetzt.

Pforzheim, 26. Mai. Im 67. Lebensjahr ist hier der Vorstand der Gewerbebank und langjähriger Feuerwehrkommandant Albert Preitner gestorben. Der Entschlafene hat sich vielfach Verdienste um das öffentliche Leben der Stadt erworben. Er gehörte von 1887 bis 1914 dem Bürgerausschuß an und war als Präsident des Badischen Landesfeuerwehrverbandes auch im badischen Land bekannt geworden.

II. Pforzheim, 26. Mai. Die Autolinie Pforzheim—Würm—Tiefenbrunn—Mühlhausen ist gestern eröffnet worden. Einseitig ist ein Kraftwagen, der auf bequemen Lederbänken 21 Personen Platz bietet, in Dienst gestellt. Es finden vorab täglich zwei Fahrten in beiden Richtungen statt. Der Fahrpreis beträgt für das Kilometer 30 Pf., für die ganze 20 Kilometer lange Strecke 6 Mark. — Zwischen Gutingen und Niesern wird eine Schiffsbrücke über die Gutz geschlagen, die den Verkehr vom Bahnhof Niesern nach der Siedelung Gagenstschel vermitteln soll. Mit große Fontänen sind bereits an Ort und Stelle eingetroffen. — Beim Rangieren stürzte gestern auf dem hiesigen Bahnhof der Schürmann August Lamprich so unglücklich ab, daß er schwere Verletzungen erlitt, die seine Ueberführung ins Krankenhaus bedingten.

Heidelberg, 26. Mai. Bei einer Pflanzfahrt fuhr der Landwirt M. Streckfuß aus Heidesheim bei Weinheim mit großer Wucht an eine Telegastenstange und war sofort tot.

Weinheim, 26. Mai. Von einem durch die Straßen rasenden führerlosen Einpänner wurde das jährige Schindchen des Obereisenbahnsekretärs Albert Geier überfahren und sofort getötet.

Baden-Baden, 26. Mai. Am Pfingstmontag morgen wurde der ungefähr 20jährige Landwirt Johann Hermann Dier aus Galtendorf im Einziger Wald vom Jagdhüter Hochstuhl aus Steinbach beim Wildern getroffen. Da sich der Jagdhüter bedroht sah, schoß er auf Dier und traf diesen so unglücklich, daß er kurz nach seiner Einlieferung in das hiesige Krankenhaus starb.

Mingelbach, 26. Mai. Beim Kirchensingen stürzte der Landwirt J. Schneider so unglücklich von der Leiter, daß er sich schwere Verletzungen zuzog und ihnen erlag.

Breisach, 26. Mai. Durch Einbrecher wurden in einer der letzten Nächte Deconomiegebäude und Stallung der unterhalb Breisach gelegenen Reumühle in Brand gesteckt. Als der Besitzer Müller David Bergheimer und ein Knecht (ein Rind) sich den Einbrechern entgegenstellten, wurden sie durch Schüsse und Scherben verletzt, während einer der Einbrecher tödlich verwundet wurde. Auch die Tochter des Besitzers wurde durch die Einbrecher mißhandelt. Die landwirtschaftlichen Gebäude sind vollständig niedergebrannt, doch konnte der Viehbestand gerettet werden.

Freiburg, 26. Mai. In der Nacht zum Pfingstsonntag wurde auf dem Bahnenbergplatz ein verheerender Brand durch Gasarbeiter, wie es heißt, nach einem Wortwechsel, von einem bereits mit Zuckerguss bestrafte Gläser durch Revolverhaken den Täter fest, der nachher von der verletzten Person in den Pfosten genommen wurde. Der Gasarbeiter ist bald nach der Tat seinen Verletzungen erlegen.

Freiburg, 26. Mai. Infolge unvorsichtiger Handhabung eines Revolvers, hat sich die Tochter des Bürgermeisters Schachtler erschossen.

de. Donaueschingen, 26. Mai. In der jüngsten Bürgerausübung wurde unter anderem auch der Parkhalle-Imbau eingeleitet. — Die städtische Festhalle war während des Krieges durch einen bei Reparaturarbeiten entstandenen Brand schwer beschädigt worden und die Wiederherstellung und zeitgemäße Ausstattung erfordert rund 400 000 M., von denen auf den Theaterneubau 100 000 M., auf den Turmhalleneubau 20 000 M. und auf den inneren Ausbau 90 000 M. treffen. Für die Zukunft ist auch die Unterbringung eines städtischen Kinos in einem der Säle geplant.

Letzte Nachrichten.

Schwerer Juwelraub in Breslau.

(Eigener Drahtbericht.) Breslau, 26. Mai. (Wolff.) Heute mittag schlügen drei gut gekleidete Männer in der Schwelbener Straße die Schaufensterscheiben des Juweliergeschäfts Karl Frey Söhne ein, raubten 6 Perlenhalsbänder im Werte von 600 000 M. und entflohen dann in einem Auto.

Ein deutscher Dampfer aufgelaufen.

(Eigener Drahtbericht.) Christiania, 26. Mai. (Wolff.) Der deutsche Dampfer „Albatros“ ist heute nacht in dichtem Nebel bei Ersholmen aufgelaufen. Ein Bergungsdampfer ist zur Hilfeleistung abgegangen. Die Lage des Dampfers ist sehr schwierig.

Die soziale Bewegung in Frankreich.

(Eigener Drahtbericht.) Paris, 26. Mai. (Wolff.) Die Deputiertenvereine haben gestern beschlossen, sich dem allgemeinen Arbeiterverband, der Confédération Générale du Travail, anzuschließen.

Paris, 26. Mai. (Wolff.) (Eig. Drahtber.) Der Bergarbeiterstreik kann als endgültig beigelegt angesehen werden.

Paris, 26. Mai. (Eig. Drahtber.) Die „Excelsior“ mittelt, daß gestern in Paris, Bordeaux und Lyon wegen Vergessens gegen die Freiheit der Arbeiter streikende Arbeiter zu Gefängnisstrafen von 10 Monaten bis 3 Jahren verurteilt worden.

Einnahme von Reich durch die Volkshewissen?

(Eigener Drahtbericht.) Paris, 26. Mai. Nach einer Havasmeldung aus London sind dort Nachrichten eingelaufen, wonach die Bolschewisten Reich genommen haben.

Amsterdam, 26. Mai. (Wolff.) Einer russischen Meldung zufolge berichtet „Associated Press“ aus Warschau: Die Russen griffen an der Nordgrenze an, um die polnische Linie zu durchbrechen und eine Verbindung mit Dnipruken herzustellen.

Amsterdam, 26. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Englischen Blättern zufolge geben die Bolschewisten bekannt, daß ihnen in Enseli außer der ganzen Kaspijschen Flotte der Weißen Armee u. a. 50 Geschütze, 20 000 Granaten, 25 drahtlose Stationen in die Hände gefallen seien.

Der Einfall der Bolschewisten in Persien.

Rotterdam, 26. Mai. Wie die „Times“ aus Teheran meldet, haben die Verbände der persischen Behörden, vom Befehlshaber der Roten Armee auskünst über seine eigentliche Absicht zu erhalten, keinen Erfolg gehabt. „Daily Chronicle“ schreibt in einem Leitartikel über die Lage in Persien, England lie mit Indien das einzige Mitglied des Völkerbundes, das Persien vielleicht helfen werde, gegen den bolschewistischen Einfall Widerstand zu leisten. Die Regierung müsse sich überlegen, was sie zu tun habe. Aber auf keinen Fall dürfe sie mit allzugerungen Truppenabteilungen arbeiten. Besser sei eine vollkommene Räumung als eine Wiederholung des Vorfalls von Hartum.

Wirtschafts- und Handelszeitung.

Börsen- und Finanzmeldungen.

Berliner Börse. W. Berlin, 26. Mai. Gleich zu Beginn des heutigen Börsenverkehrs waren die Devisen erheblich niedriger angeboten. Automatisch mit deren Rückgang wichen die Aktienkurse beträchtlich, besonders Valutawerte. Einzelne Werte waren wesentlich in Mitleidenschaft gezogen, besonders verflauten Schiffsaktien heute stärker. Argo waren 33, Deutsch Austria 9 und Nordd. Lloyd 9 1/2 Proz. niedriger. Am Montagmarkt überstieg der Verlust bei Bismarckhütte 20 Proz. Von elektrischen Aktien waren A. E. G. um mehr als 20, Siemens & Halske 14 Proz. gedrückt. Bei Farbwerten schwankte der Rückgang zwischen 10 und 30 Proz. Von Kalkaktien waren Westeregeln 43 Prozent niedriger. Nicht durchweg erlangte die Börse in späteren Verläufe ihre Widerstandsfähigkeit. Am Anlagemarkt konnten sich Deutsche Anleihen nicht durchweg behaupten, österreichische und ungarische Anleihen ungleichmäßig, Mexikaner nachgebend.

Berliner Kursnotierungen.

Table with 2 columns: 25. Mai 26. Mai. Lists various stocks and their prices, including Schantung, Gr. B. Straßburg, Lombarden, etc.

Frankfurter Börse.

W. Frankfurt a. M., 26. Mai. Die Börse eröffnete mit einem scharfen Kursrückgang, da die weitere Steigerung der deutschen Valuta und die Haltung des Devisenmarktes einwirkten. Auch lagen zu nächst wieder Verkaufsaufträge vor, die erheblich auf die Kurse drückten. Stark in Mitleidenschaft gezogen wurden auch Auslandspapiere, darunter Deutsch-Uebersee, die über 100 Prozent verloren. Schantungbahn gaben nach. Desgleichen Otaviminen, wie überhaupt Kolonialpapiere weichende Tendenz zeigten. Mexikaner matt, konnten sich aber später erholen. Stärker angeboten waren Steaua Romana und Deutsch-Petroleum, letztere stark schwankend. Montanpapiere unterlagen Kursrückgängen zwischen 7 und 25 Prozent. Auch Kali Westeregeln matter. Unter den sonstigen Industripapieren stellten sich Elektrische und Chemische Aktien in der Mehrzahl niedriger. Auch Automobilwerte, wie Daimler, Adlerwerke Kleyer und Benz, schwach. Schiffsaktien schlossen sich der Abwärtsbewegung an. Bankaktien unterlagen ebenso einigem Kursdruck. Von Kassapapieren der Industriewerte war die Haltung durchweg gedrückt, doch blieb das Angebot bescheiden. Später erholte sich der Markt, doch war die Kursbewegung nicht frei von Schwankungen. Privatdiskont 4 1/2 Prozent und darunter.

Frankfurter Kursnotierungen.

Table with 2 columns: 25. Mai 26. Mai. Lists various stocks and their prices, including Badische Bank, Darmstadt. Bank, Deutsche Bank, etc.

Brüssel, 26. Mai. (Havas.) Nachrichten aus Teheran besagen, daß die Räumung der Stadt in Aussicht genommen sei. Es wurden alle Maßnahmen getroffen, um die Sicherheit der Ausländer zu gewährleisten. Die Rote Garde bombardiert die Küste.

London, 26. Mai. Reuter berichtet, daß der persische Minister des Meuzern in London angekommen ist. Seine Reise wurde durch die in Persien durch die Bolschewisten geschaffene Lage bedingt. Er hat bereits mit dem britischen Auswärtigen Amte und mit dem Völkerbunde Fühlung genommen.

„Gegen jeden möglichen Feind.“ Washington, 26. Mai. Der Marinechef Daniel S. Daniels hat der Marinekommission des Senats die Absicht eines im Jahre 1915 ausgearbeiteten Planes übermitteln, der sich gegen jeden möglichen Feind richtete. Dieser Plan sei nicht derselbe, den man früher gegen Deutschland ausgearbeitet habe.

Mexiko. Mexiko, 26. Mai. (Havas.) Der Kongress wählte mit 64 Stimmen zum provisorischen Präsidenten den General Adolfo de la Huerta. Der Gegenkandidat, General Paolo Gonzalez, erhielt 26 Stimmen.

Vom Devisenmarkt.

Table with 2 columns: 25. Mai 26. Mai. Lists exchange rates for various locations like London, Paris, Amsterdam, etc.

w. Berlin, 26. Mai.

Table with 2 columns: 25. Mai 26. Mai. Lists exchange rates for various locations like Amsterdam, Brüssel, etc.

w. Zürich, 26. Mai.

Table with 2 columns: 25. Mai 26. Mai. Lists exchange rates for various locations like Deutschland, Wien, etc.

Volkswirtschaft.

Der Reichswirtschaftsrat wird dem Vernehmen nach vielleicht schon Ende Juni zusammentreten.

Die Kapitalflucht. Die französischen Sozialisten haben in der Kammer eine Entschuldig eingebracht, in der sie die Schaffung eines internationalen Organismus durch den Völkerbund verlangen, der gemeinsam Maßnahmen gegen die Kapitalflucht, also gegen die Steuerhinterziehung trifft.

Weltwirtschaft.

Der russische Handels- und Verkehrsminister auf Reisen. Der russische Handels- und Verkehrsminister Krassin traf in Christiania mit einer Reihe hervorragender Geschäfts- und Bankleuten zusammen. Krassin hat bedeutende Geschäfte abgeschlossen. Er setzt seine Reise nach Bergen fort, von wo er sich nach England begibt.

Verkehrswesen.

Verkehrskonferenz. Auf der Konferenz in London hat der Völkerbund beschlossen, vor Ende des Jahres eine internationale Konferenz für das Verkehrswesen einzuberufen, die die Aufgabe hat, eine selbständige Organisation für das internationale Verkehrswesen zu schaffen und die Freiheit des Verkehrs und des Gütertransports zwischen den Mitgliedstaaten zu sichern und damit die Wiederherstellung des Warenaustausches und der wirtschaftlichen Entwicklung der Welt zu fördern.

Anmeldungen von Auslandsforderungen.

(Vorkriegsforderungen an Schuldner in Großbritannien, Frankreich, Italien und Siam.)

Die Anmeldevordrucke können jetzt bei der Handelskammer abgeholt oder bestellt werden. In unserer Nummer 139 ist der Schlußsatz der veröffentlichten Zuschrift dahin zu berichtigen, daß die Zweigstelle für Anmeldungen von Liquidationsschäden sich nicht Kreuzstraße 12, sondern Karlstraße 10 (Handelskammer) befindet.

Tagesanzeiger.

Donnerstag, 27. Mai. Bad. Landestheater, „Die Marquise von Arco“, Anfang 7 Uhr. Colosseum, Gastspiel des Frankfurter Intimen Theaters, Anfang 8 Uhr. Lieberhölle Karlsruhe, Konzert, Anf. 8 Uhr. Deutsche Demokratische Partei, Vortrag, Anfang 8 Uhr.



Die Juden im neuen Deutschen Reich.

Der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens veranlaßte am Donnerstag Abend im Konserthaus...

den seien ein fremdes Volk, das dem deutschen Geist fremd sei...

Zur Milchverföderung.

Man schreibt uns: Der Artikel in Nr. 122 des „K. L.“...

Die Milch darf bei der Berechnung ihrer Gekostungs...

Wie sieht es aus, wenn wir die Milch als einen Teil...

Was wäre die Folge einer Preissteigerung bei der...

Bisher hat man dem Bauer immer gesagt, er mache...

Der Einfönder schreibt: Man komme uns nicht mit...

Run noch ganz kurz zur Frage der Abgabenver...

lache um die tarifliche Gruppeneinteilung und den...

Chronik der Vereine.

Verein heimattreuer Ost- und Westpreußen. Nachdem...

Badischer Zweigbundes-Klub. Mitglieder, Züchter und...

Veranstaltungen.

Offenliebe-Veranstaltung. Dem Ortsverein Karlsruhe...

Konzert zum Festen heimattreuer, deutscher Ober...

Colosseum. Direktor Liefert wird die Monate Juni...

Standesbuch-Auszüge.

Todesfälle. 26. Mai: Sofie Kurz, alt 42 Jahre.

Heiratsnachricht und Trauerhaus erwählter Ver...

Berichtsaal.

1. Karlsruhe, 26. Mai. In der heutigen Sitzung der...

Sport/Spiel/Turnen.

Fußball.

Ergebnisse. Knielingen-Mannheim-Sandhofen 4:0...

Briefkasten.

A. B. Eine gesetzliche Bestimmung, wie Sie diese...

Vom Wetter.

Wetternachrichten über das Landeswetter...

Table with columns: Ort, Luftdr., Wind, Wetter, Niederschlag.

Wetterbeobachtungen badischer Wetterstellen.

Table with columns: Luftdr., Wind, Wetter, Niederschlag.

Allgemeine Witterungsübersicht.

Bei südlichen Winden und meist heiterem Himmel...

Vorausichtliche Witterung bis Donnerstag.

Table with columns: Ort, Temperatur, Wind, Wetter.

Eintrachtsaal. Dienstag, 1. Juni. Konzert der Oberschlesier.

Badisches Landestheater. Die Marquise von Arcis. Volksbühne.

COLOSSEUM. Gastspiel des Frankfurter Intimen Theaters.

A. Hunsinger. Spezial-Geschäft für Herren-Schneiderei. Kaiserstraße 124.

Walter Kiby. Lina Kiby, geb. Imkeller. Vermählte. Emmendingen.

Schlempreparaturen. W. Kretschmar Nachfolger. Bettfedern-Reinigung.

Fußbodenlacke - Bodenwische. Maler-Utensilien.

Stellengesuche. haben stets einen guten Erfolg im Karlsruher Tagblatt.







